

Die Debatte um die Technikfeindlichkeit in der BRD in den 1980er Jahren

VON ANDIE ROTHENHÄUSLER

Überblick

In den 1980er Jahren wurde in Westdeutschland eine erbitterte Debatte darüber geführt, ob ein signifikanter Teil der Bevölkerung eine Antipathie gegenüber dem technischen Fortschritt entwickeln würde. Politiker, Arbeitgeberverbände und Journalisten sprachen von einer neuen „Technikfeindlichkeit“, die weite Teile der Gesellschaft erfasst habe und eine Bedrohung für die Wirtschaft, die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand des Landes darstelle. Verortet wurde diese Angst vor der Technik bei der Jugend, bei Parteien wie der SPD und den Grünen und bei den Gewerkschaften. Im Gegensatz dazu wurde der Begriff der Technikfeindlichkeit in den Sozialwissenschaften und in der Technikgeschichte zunehmend angezweifelt, da sich eine entsprechende Haltung wissenschaftlich nicht nachweisen ließ; so kamen auch mehrere von Bundesministerien in Auftrag gegebene Studien zu dem Ergebnis, dass die deutsche Bevölkerung den technischen Fortschritt zwar deutlich ambivalenter betrachte als in den Jahrzehnten zuvor, jedoch von einer grundsätzlichen Technikskepsis keine Rede sein könne.

Abstract

In the 1980s there was heated discussion in West Germany about whether a significant portion of the population was developing an aversion to technological progress. Politicians, employers' organizations and journalists referred to an emergent technophobia or "Technikfeindlichkeit" (lit. "hostility towards technology"), seizing vast segments of society and posing a threat to the West German economy, competitiveness and prosperity. An alleged technophobia was diagnosed among the German youth, political parties such as the Social Democrats and the Greens, and within trade unions. Contrary to this claim the term "Technikfeindlichkeit" was increasingly challenged by social scientists and historians of technology since such an attitude could not be established scientifically. Indeed, several studies commissioned by federal ministries concluded that progress and technology were viewed rather ambivalently by the population compared to previous decades; yet there was no general scepticism about technology.

Einleitung

Das politische Tagesgeschehen in der Bundesrepublik wurde 2009 bis 2011 von zwei Debatten beherrscht, in denen es um technische Systeme bzw. Großprojekte ging und die die erste Hälfte der Legislaturperiode der damaligen schwarz-gelben Regierung maßgeblich mitprägten. Zum einen bahnte sich mit dem Regierungseintritt der FDP eine Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke an; zum anderen erlangte das Bahnprojekt Stuttgart 21 bundesweite Bekanntheit, nachdem es von Bundeskanzlerin Merkel in einer energischen Rede zu einem Kernanliegen christdemokratischer Politik erklärt worden war.¹ Sowohl der schwäbische Tiefbahnhof als auch die Abkehr vom Atomausstieg führten in der Folgezeit zur Mobilisierung von zehntausenden Demonstranten, wobei die „Renaissance“² der Anti-AKW-Bewegung bei manchen Beteiligten Erinnerungen an die technischen Konflikte der 1980er Jahre weckte.³ Gleichzeitig erlebte ein Begriff eine Wiedergeburt, der schon 30 Jahre zuvor Ausgangspunkt einer von Leidenschaft geprägten gesellschaftlichen Debatte gewesen ist: Die Rede ist vom Begriff der ‚Technikfeindlichkeit‘. Im Dezember 2010 etwa wies die damalige Bundesbildungsministerin Annette Schavan auf eine zunehmende Technikfeindlichkeit in Deutschland hin, die eine Gefahr für den Wohlstand im Land darstelle.⁴ Schavan reihte sich ein in eine Riege von Politikern,⁵ Arbeitgebervertretern und Unternehmern,⁶ die

- 1 Vgl. Robin Alexander, Merkel überrascht mit Kampfgeist für Stuttgart 21, in: Die Welt vom 15.9.2010; Internet: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article9658404/Merkel-ueberrascht-mit-Kampfgeist-fuer-Stuttgart-21.html> [Stand 29.11.2013].
- 2 Von der etwa das Deutschlandradio am 16.9.2010 berichtete: „Die Anti-Atomkraft-Bewegung eint Generationen“; Internet: http://www.deutschlandradiokultur.de/die-anti-atomkraft-bewegung-eint-generationen.954.de.html?dram:article_id=145619 [Stand 29.11.2013].
- 3 „Zurück in die 80er“ lautete bezeichnenderweise der Titel eines Interviews auf der Webseite von Bündnis 90/Die Grünen mit der damaligen Bundesvorsitzenden Claudia Roth, 16.10.2009; Internet: <http://www.gruene.de/themen/klima-umwelt/zurueck-in-die-80er.html> [Stand: 29.11.2013].
- 4 Vgl. www.derwesten.de, „Schavan: Technikfeindlichkeit gefährdet Wohlstand“, 26.12.2010; Internet: <http://www.derwesten.de/nachrichten/politik/Schavan-Technikfeindlichkeit-gefaehrdet-Wohlstand-id4096692.html> [Stand 9.12.2013]. In einem Interview mit dem FOCUS im Mai 2009 hatte Schavan im Übrigen noch ein Ende der Technikfeindlichkeit diagnostiziert: FOCUS online, „Ende der Technikfeindlichkeit“, 4.5.2009; Internet: http://www.focus.de/politik/deutschland/deutschland-ende-dertechnikfeindlichkeit_aid_395429.html [Stand: 9.12.2013].
- 5 So kritisierte beispielsweise der CDU-Abgeordnete Jens Koeppen im Juni 2010 im Deutschen Bundestag die „völlig irrationale Technikfeindlichkeit [...] in einem Industrieland, in dem Ingenieurswesen, Handwerkskunst, Technologieoffenheit und Innovationsfreude uns zu Wohlstand und Ansehen gebracht haben“. Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht der 47. Sitzung, 11.6.2010, Plenarprotokoll 17/47, S. 4869; Internet: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17047.pdf> [Stand 9.12.2013].
- 6 Etwa im April 2011 der Vorstandsvorsitzende der Infineon AG, Peter Bauer, in einem Interview mit dem Tagesspiegel (Moritz Döbler, Die Deutschen sind zu technikfeindlich, 17.4.2011; Internet: <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/die-deutschen-sind-zutechnikfeindlich/4070890.html> [Stand: 9.12.2013]) oder der badische Unternehmer Martin

sich in dieser Zeit über ein zunehmendes Klima der Technikskepsis oder auch Technikfeindschaft in Deutschland äußerten, das das wirtschaftliche Wachstum und die Zukunftsfähigkeit des Landes gefährde – gut zusammengefasst in einer düsteren Warnung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stefan Mappus: „Wer Technikfeindlichkeit sät, der sägt am Rückgrat unseres Landes.“⁷ Auch das Magazin FOCUS stellte seinen Lesern zehn Tage nach der Eskalation der Proteste gegen Stuttgart 21 die Frage, ob die Deutschen „fortschrittsfeindlich“ seien.⁸

Trotz des damals aktuellen Anlasses ist die Debatte um eine speziell in Deutschland verbreitete Technikfeindlichkeit kein neues Phänomen. Schon seit den späten 1970er und frühen 1980er Jahren wurde in der Bundesrepublik darüber diskutiert, ob die Akzeptanz gegenüber neuen Technologien in der Bevölkerung nachlasse. Konfliktpotenzial hatten damals ähnliche Themen wie drei Jahrzehnte später: „In beiden Fällen stand die Atomkraft auf der Rangliste [...] ganz oben, gefolgt von kontroversen Infrastrukturprojekten – damals Startbahn West, heute Stuttgart 21.“⁹ Abgesehen von einzelnen Kommentatoren wie dem Technik- und Umwelthistoriker Frank Uekötter wurde allerdings selten auf die frühere Debatte verwiesen. Das ist erstaunlich, da in der fraglichen Zeit viele der aktuellen landes- und bundespolitischen Akteure ihre politische Sozialisation erfuhren. Dabei dürften sie die Auseinandersetzungen der 1980er Jahre hautnah miterlebt haben. Uekötter verweist darauf, dass zwei Wochen nach dem Tōhoku-Erdbeben bezeichnenderweise „mit Winfried Kretschmann ein Grüner zum Ministerpräsidenten Baden-Württembergs gewählt [wurde], der für die Partei schon 1980 in den dortigen Landtag eingezogen war“,¹⁰ einer Zeit, in der sich das Bundesland noch in der Auseinandersetzung um den Bau des Atomkraftwerks in Wyhl befand. Dennoch wirkt es mitunter so, als ob der Begriff der Technikfeindlichkeit von der Politik zu Beginn der 2010er Jahre quasi neu entdeckt worden wäre.

Herrenknecht auf dem vom Handelsblatt organisierten Kongress Wirtschaft und Schule; vgl. Matthias Holland-Letz, Deutschland hat eine Technikfeindlichkeit, 4. Schulkongress des „Handelsblatt“-Verlags in Berlin, Erziehung & Wissenschaft, 04/2011; Internet: http://www.gew.de/Technikfeindlichkeit_4_Schulkongress_Handelsblatt-Verlag.html [Stand: 9.12.2013].

7 Vgl. Spiegel online, „CDU-Konferenz: Merkel fordert bessere Kostenschätzung bei Großprojekten“, 21.10.2010; Internet: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-konferenz-merkel-fordert-bessere-kostenschaeztung-bei-grossprojekten-a-724558.html> [Stand: 9.12.2013].

8 Gregor Dolak, FOCUS-Leserdebatte: Sind die Deutschen fortschrittsfeindlich? 10.10.2010; Internet: http://www.focus.de/magazin/debatte/focus-leserdebatte-sind-die-deutschen-fortschrittsfeindlich_aid_560345.html [Stand: 10.12.2013].

9 Frank Uekötter, Mythos der achtziger Jahre, Berliner Republik, in: Das Debattenmagazin, 1/2012; Internet: <http://www.b-republik.de/archiv/mythos-der-achtziger-jahre> [Stand 29.11.2013].

10 Ebd.

Einen anderen Stellenwert und eine andere Deutung hat der Begriff „Technikfeindlichkeit“ jedoch im Bereich der Risikobewertung und der Technikfolgenabschätzung, aus deren Perspektive Auseinandersetzungen unter dieser Prämisse „seit mindestens vier Jahrzehnten ein ständiger Begleiter wissenschafts- und technologiepolitischer Debatten“¹¹ sind. Während der Begriff der Technikfeindlichkeit in Politik und Medien lange Zeit kritiklos akzeptiert wurde, erfuhr er hier eine klare Zurückweisung. Er sei „durch die Ergebnisse der Umfrageforschung nicht gedeckt“¹² und von „vielen in der politischen Debatte gepflegten Klischees und Vorurteilen“¹³ getragen. Die Analyse der neueren Technikdebatten durch die Geschichtswissenschaften wiederum hat bisher noch nicht begonnen, was damit zusammenhängen dürfte, dass der seither vergangene Zeitraum schwerlich mit dem Attribut „historisch“ belegt werden kann. Für viele Historiker/innen sind die 1980er Jahre eine Zeit persönlichen Erlebens – erst für Nachgeborene (wie den Autor) werden sie zu einer Periode, zu der kein eigener Zugang mehr besteht.

Der vorliegende Artikel versucht die Eckpunkte der Debatte um eine besondere Technikfeindlichkeit in Deutschland in der Dekade zwischen dem Ende der 1970er und dem Ende der 1980er Jahre festzuhalten, wobei besonderes Augenmerk auf der Verflechtung von demoskopischer Forschung, politischer Argumentation sowie ihrer Rezeption in den Sozialwissenschaften und in Technikphilosophie und Technikgeschichte liegen soll. Im Kern geht es um die Frage, ab wann der Begriff der Technikfeindlichkeit aufkam und wie er sich verbreitete. Es gilt herauszufinden, inwiefern unter „Technikfeindlichkeit“ ein reales Phänomen zu verstehen ist oder ob es sich vielmehr um ein politisches Schlagwort oder einen „denunziatorischen Begriff“¹⁴ handelt, wie beispielsweise der Technikhistoriker Ulrich Troitzsch 1988 vermutet hat.

Forschungsstand

Die sozialwissenschaftliche Literatur zu den Themen Technikakzeptanz und Technikfeindlichkeit ist erfreulich umfangreich. Neben den Studien des Institutes für Demoskopie Allensbach¹⁵ finden sich verschiedene Untersuchungen

11 Fritz Gloede u. Leonhard Hennen, Technikakzeptanz als Gegenstand wissenschaftlicher und politischer Diskussion. Eine Einführung in den Schwerpunkt, in: Technikfolgenabschätzung. Theorie und Praxis 14, 2005, S. 4–12, hier S. 4.

12 Ebd., S. 5.

13 Ebd.

14 Ulrich Troitzsch, Mögliche Beiträge der Technikgeschichte zur aktuellen Technikbewertung, dargestellt an ausgewählten Fallbeispielen, in: Heinrich Lüling (Hg.), Technikgeschichte und Technikakzeptanz. Zur Akzeptanz der Technik aus historischer und aktueller Sicht, Schaffhausen 1988, S. 38–45, S. 39.

15 Zusammengefasst in den Allensbach-Jahrbüchern für den entsprechenden Zeitraum: Elisabeth Noelle-Neumann u. Edgar Piel (Hg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie

von anderen Institutionen, etwa von Infratest¹⁶ oder dem Internationalen Institut für empirische Sozialökonomie (INIFES).¹⁷ Gleichzeitig erfuhr die Frage der Technikakzeptanz im Bereich der Technikbewertung große Beachtung, wobei hierzu eine ganze Reihe von Studien zu nennen ist.¹⁸ Im Bereich der Geschichtswissenschaften jedoch wurde die Technikakzeptanzdebatte der 1980er Jahre und vor allem der Vorwurf der Technikfeindlichkeit bisher kaum behandelt. Es finden sich allerdings verschiedene Veröffentlichungen, die sich der Rezeption von Technikkritik in den Jahrzehnten und Jahrhunderten davor widmen, so etwa von Rolf Peter Sieferle,¹⁹ Hans Albert Wulf²⁰ und Johan Hendrik Jacob van der Pot.²¹ Da mehrere dieser Veröffentlichungen in den 1980er Jahren – also während der Debatte – entstanden sind, können sie in diesem Kontext allerdings sowohl Sekundärliteratur als auch eine Quelle darstellen. Im Rahmen dieses Artikels werden sie als letztere behandelt.

Eine Untersuchung, die sich unter anderem mit Technikfeindlichkeitsvorwürfen in den 1950er Jahren beschäftigt, stammt von den beiden Karlsruher

-
- 1978–1983, Band VIII, München u.a.O. 1983; Elisabeth Noelle-Neumann u. Renate Köcher (Hg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–1992, Band IX, München u.a.O. 1992.
- 16 Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hg.), Jugend und Technik – Technik und Schule. Untersuchungsbericht der Infratest-Sozialforschung (Reihe Bildungs- und Beschäftigungssystem, Bd. 5), Bad Honnef 1982.
- 17 Vgl. Dieter Jaufmann u. Ernst Kistler (Hg.), Sind die Deutschen technikfeindlich? Erkenntnis oder Vorurteil, Opladen 1988; Dieter Jaufmann, Ernst Kistler u. Günter Jansch, Jugend und Technik. Wandel der Einstellungen im internationalen Vergleich, Frankfurt a.M. 1989; Ernst Kistler u. Dieter Jaufmann (Hg.), Mensch – Technik – Gesellschaft. Orientierungspunkte in der Technikakzeptanzdebatte, Opladen 1990; Dieter Jaufmann u. Ernst Kistler (Hg.), Einstellungen zum technischen Fortschritt. Technikakzeptanz im nationalen und internationalen Vergleich, Frankfurt a.M., New York 1991.
- 18 Vgl. Jürgen v. Kruedener u. Klaus v. Schubert (Hg.), Technikfolgen und sozialer Wandel. Zur politischen Steuerbarkeit der Technik, Köln 1981; Erwin Münch, Ortwin Renn u. Thomas Roser, Technik auf dem Prüfstand. Methoden und Maßstäbe der Technologiebewertung, Essen 1982; Fritz Gloede u. Heinrich Bückner-Gärtner, Autonome Technik oder Technik als soziales Projekt – Technikbilder und Technikbewertung in der Bevölkerung, hg. vom Kernforschungszentrum Karlsruhe, Heft 12-05-03-P16A, Karlsruhe 1988; Raban Graf v. Westphalen (Hg.), Technikfolgenabschätzung, München 1988; Joseph Huber, Technikbilder. Weltanschauliche Weichenstellungen der Technik- und Umweltpolitik, Opladen 1989; Dieter Jaufmann, Technik und Wertewandel – Jugendliche und Erwachsene im Widerstreit? Frankfurt a.M. 1990; Leonhard Hennen, Ist die (deutsche) Öffentlichkeit „technikfeindlich“? Ergebnisse der Meinungs- und der Medienforschung (TAB Arbeitsbericht Nr. 24), Bonn 1994; Ortwin Renn u. Michael M. Zwick, Risiko- und Technikakzeptanz. Bericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. Deutschen Bundestages, Berlin u.a.O. 1997.
- 19 Rolf Peter Sieferle, Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart, München 1984.
- 20 Hans Albert Wulf, „Maschinenstürmer sind wir keine“. Technischer Fortschritt und sozialdemokratische Arbeiterbewegung, Frankfurt a.M., New York 1987.
- 21 Johan Hendrik Jacob van der Pot, Die Bewertung des technischen Fortschritts, Bd. 1 u. 2, Assen 1985.

Technikhistorikern Rolf-Jürgen Gleitsmann und Günther Oetzel.²² Gerade in den letzten Jahren haben sich verschiedene Zeitschriftenaufsätze der Thematik im Sinne eines historischen Rückblicks angenommen, etwa von Rolf-Jürgen Gleitsmann,²³ Till Westermayer²⁴ und Ernst Kistler.²⁵ Jedoch fehlt bisher eine Arbeit im Umfang einer Monografie, die eine umfassende geschichtliche Kontextualisierung unternimmt.

Technikfeindlichkeit im Diskurs der späten 1970er Jahre

In den späten 1970er Jahren begann in der Bundesrepublik eine Debatte darüber, ob die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber Technik und technischem Fortschritt nachlassen würde und ob sich Technikfeindlichkeit ausbreite. Diese Debatte setzte sich über das nächste Jahrzehnt fort und verschwand erst zu Beginn der 1990er Jahre aus der öffentlichen Wahrnehmung. Es gibt Anzeichen dafür, dass sie kein rein deutsches Phänomen darstellte und die Technikakzeptanz auch für Betrachter in anderen Staaten Westeuropas, in den USA sowie im klassischerweise als besonders technikaffin geltenden Japan als im Schwinden begriffen erschien.²⁶ Und obwohl Diagnosen der Technikfeindlichkeit im Allgemeinen eher bei Arbeitgeberverbänden sowie im konservativen und liberalen Spektrum auf fruchtbaren Boden fielen, gibt es Beispiele dafür, dass sie auch in der politischen Linken Resonanz fanden. So urteilte der marxistische Historiker Eric Hobsbawm in seinem Monumentalwerk *The Age of Extremes* (1995) rückblickend über das Ende des „kurzen 20. Jahrhunderts“:

„Paradoxically, an era whose only claim to have benefited humanity rested on the enormous triumphs of a material progress based on science and technology ended in a rejection of these by substantial bodies of public opinion and people claiming to be thinkers in the West.“²⁷

In der Bundesrepublik wurde die Debatte um eine neue Technikfeindlichkeit teilweise sehr heftig, fast panisch geführt und mitunter schien es für manche Beteiligten so, als ob darin sämtliche Grundwerte der deutschen Nachkriegs-

- 22 Rolf-Jürgen Gleitsmann u. Günther Oetzel, Fortschrittsfeinde im Atomzeitalter? Protest und Innovationsmanagement am Beispiel der frühen Kernenergiepläne der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2012.
- 23 Rolf-Jürgen Gleitsmann, Der Vision atomtechnischer Verheißungen gefolgt: Von der Euphorie zu ersten Protesten – die zivile Nutzung der Kernkraft in Deutschland seit den 1950er Jahren, in: *Journal of New Frontiers in Spatial Concepts* 3, 2011, S. 17–26.
- 24 Till Westermayer, Technikfeindlichkeit. Ein Versuch über eine deutsche Debatte, in: *Revue d'Allemagne et des Pays de Langue Allemande* 43, 2011, S. 39–54.
- 25 Ernst Kistler, Die Technikfeindlichkeitsdebatte – Zum politischen Missbrauch von Umfrageergebnissen, in: *Technikfolgenabschätzung. Theorie und Praxis* 14, 2005, S. 13–19.
- 26 Vgl. ders., Germanosklerose? – Einstellungen zur Technik im internationalen Vergleich, in: Lüling (wie Anm. 14), S. 82–89, hier S. 82.
- 27 Eric Hobsbawm, *The Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914–1991*, London 1995, S. 11.

gesellschaft auf die Probe gestellt würden. Kritisiert wurde von einer breiten Allianz, dass die Akzeptanz der Technik in der deutschen Bevölkerung dramatisch nachlasse; teilweise aufgrund zunehmender Rationalisierungsmaßnahmen, die als Gefahr für den Arbeitsmarkt gesehen würden; teilweise auch aufgrund technischer Katastrophen und Unfälle wie in Harrisburg, in Bhopal, in Tschernobyl und in Schweizerhalle. Deren Häufung innerhalb weniger Jahre veranlassten den Techniksoziologen Johannes Weyer dazu, die 1980er Jahre insgesamt als „Katastrophenjahrzehnt“²⁸ zu bezeichnen und er sah darin die Ursache für einen sinkenden Stellenwert von Technik in der Bevölkerung: „Die Technik schien verrückt zu spielen, die komplexen technischen Systeme waren offenkundig nicht mehr beherrschbar“.²⁹ Das Postulat einer sich verbreitenden Technikfeindlichkeit schien gestützt durch die mitunter gewalttätigen Proteste gegen technische Großprojekte in den Vorjahren, etwa in Wyhl und Brokdorf, in Grohnde und Kalkar, in Gorleben und an der Baustelle der Startbahn West des Frankfurter Flughafens. Die Vehemenz, mit der Demonstranten und Polizisten dabei teilweise aufeinander prallten, ließ die Auseinandersetzungen für manche Zeitgenossen wie den bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß als nichts weniger als den Kampf zwischen Ordnung und Chaos erscheinen:

„[In Wackersdorf] stoßen jetzt zwei Welten aufeinander, das eine ist die Welt der abendländischen, in christlicher Verantwortung eingebauter [sic] Ratio und ihrer arbeitsteiligen Disziplin, und das andere ist die Welt der Anti-Ratio, des Gegenstücks zum rationalen Prinzip.“³⁰

Gleichzeitig bildeten Bürgerinitiativen und ökologische Aktivisten den Grundstock für die neugegründete grüne Partei, die in ihrem Wahlauftritt von 1983 eine Technik forderte, „die nicht Herr über die Menschen ist, sondern ihr Werkzeug bleibt“³¹ und im selben Jahr das erste Mal in den Deutschen Bundestag einziehen konnte.

Eines der konstituierenden Ereignisse für die Grünen wie auch für die Anti-AKW-Bewegung war der Konflikt um den Bau des Kernkraftwerks im badischen Wyhl gewesen, der 1975 mit der Besetzung der Baustelle begonnen hatte und sich über mehrere Jahre hinweg fortsetzte. Als der Bau 1977 durch das Verwaltungsgericht Freiburg gestoppt wurde, wurde Wyhl „Para-

28 Johannes Weyer, *Techniksoziologie. Genese, Gestaltung und Steuerung sozio-technischer Systeme*, Weinheim u. München 2008, S. 22.

29 Ebd., S. 23.

30 Franz Josef Strauß, *Die CSU als Salz der Politik*. Rede auf dem CSU-Parteitag am 22.3.1986 in Würzburg. Zitiert nach: Wilfried Scharnagl (Hg.), *Franz Josef Strauß, Auftrag für die Zukunft. Beiträge zur deutschen und internationalen Politik 1985–1987*, Kempfenhausen 1987, S. 268.

31 *DIE GRÜNEN Bundesgeschäftsstelle* (Hg.), *Diesmal DIE GRÜNEN – warum? Ein Aufruf zur Bundestagswahl 1983*, Bonn 1983, S. 10.

debeispiel und Beginn einer Erfolgsstory³² für die sich formierenden Neuen Sozialen Bewegungen in Deutschland; viele Beteiligte erlebten die Proteste „wie einen biographischen Bruch“.³³ Auf vergleichbare Art und Weise wurde Wyhl in der Landes- und Bundespolitik nicht als singuläres Ereignis gesehen, sondern als möglicher Präzedenzfall, der absehbare Proteste zu einem zu berücksichtigenden Faktor bei technologiepolitischen Entscheidungen machte. Dies bewahrheitete sich insofern, da die Baustellenbesetzung inspirierend auf das ganze Bundesgebiet wirken sollte. Im Sommer 1979 wies Bundeskanzler Helmut Schmidt in einer Regierungserklärung auf Chancen und Risiken von Wissenschaft und Technik hin und formulierte in diesem Kontext eine erste deutliche Warnung vor einer möglichen Technikfeindlichkeit in Deutschland:

„[Wissenschaftlich-technische] Entwicklungen werfen Fragen auf, die manche Menschen mit Sorgen, manche sogar mit Angst erfüllen. Angst ist aber ein schlechter Ratgeber. Angst zerstört Selbstbewußtsein und Urteilskraft. Angst schwächt das demokratische Engagement. Angst kann zu einer allgemeinen Technikfeindlichkeit führen, die unsere politische, unsere soziale und wirtschaftliche Stabilität gefährdet.“³⁴

Diese erste Benennung der zunehmenden „Technikfeindlichkeit“ im Deutschen Bundestag deckt sich mit einer weitergehenden Popularisierung des Begriffs im politischen Sprachgebrauch in diesem Zeitraum. So verortete auch der SPD-Politiker Erhard Eppler rückblickend das Aufkommen der von ihm als „politisches Schlagwort“ bezeichneten Technikfeindlichkeit in die zweite Hälfte der 1970er Jahre.³⁵

Es lohnt sich, an dieser Stelle kurz auf den Begriff der Technikfeindlichkeit an sich einzugehen. Bei genauerer Betrachtung fällt auf, welcher Aufwand an Abstrahierung betrieben wird, wenn davon die Rede ist: Anlass für ihre Begriffsbildung waren die Auseinandersetzungen um einzelne und sehr spezifische technische Großprojekte, diagnostiziert wurde allerdings eine „Feindlichkeit“ gegenüber der Technik im Generellen (im Gegensatz etwa zu einer differenzierteren „Atomfeindlichkeit“). Es waren im Übrigen keine vollkommen neuen Debatten, in denen von Technikfeindlichkeit die Rede war: Auch vor der Prägung des Begriffes wurden vereinzelt Warnungen vor antitechnischen Attitüden in der Bevölkerung geäußert, etwa von dem Karlsruher Informatikpionier Karl Steinbuch.³⁶ Dieser warnte in seinem Buch *Pro-*

32 Jens Ivo Engels, *Geschichte und Heimat. Der Widerstand gegen das Kernkraftwerk Wyhl*. 2003, S. 105; Internet: http://www.freidok.uni-freiburg.de/volltexte/4826/pdf/Engels_Geschichte_und_Heimat.pdf [Stand: 30.11.2013].

33 Ebd., S. 106.

34 Protokoll des Deutschen Bundestags, 8. Wahlperiode, 167. Sitzung. Bonn, Mittwoch, 4.7.1979, S. 12.

35 Vgl. Erhard Eppler, *Kavalleriepfederde beim Hornsignal. Die Krise der Politik im Spiegel der Sprache*, Frankfurt a.M. 1992, S. 135f.

36 Vgl. Gloede/Hennen (wie Anm. 11), S. 4.

gramm 2000 (1970) vor einer neuen „antiwissenschaftliche[n] Ideologie [...] die dem technischen Fortschritt feindlich gegenübersteht“,³⁷ stand mit seiner Kritik damals jedoch relativ alleine da. Erst mit den zunehmenden Protesten gegen technische Großprojekte Ende der 1970er Jahre entwickelte sich eine eigene Begrifflichkeit, die im nächsten Jahrzehnt an Popularität gewinnen und von größeren Teilen der Bevölkerung aufgegriffen werden sollte. Diese erschloss sich aus einer Perspektive, nach der Technik und Fortschritt ein untrennbares Konglomerat darstellten und darüber hinausgehend „die“ Technik als monolithischer Block wahrzunehmen sei, der nur als Ganzes befürwortet oder abgelehnt werden könne. Diese Haltung wiederum schien vor allem bei konservativen Politikern vorzuherrschen und von ihnen als integraler Bestandteil konservativer Politik gesehen zu werden. Sie gipfelte in dem Diktum von Franz Josef Strauß von 1978: „Konservativ heißt nicht nach hinten blicken, konservativ heißt an der Spitze des Fortschritts marschieren.“³⁸

Die weitergehende Popularisierung des Technikfeindlichkeitsbegriffs

In den Folgejahren wurde der noch vage Begriff der Technikfeindlichkeit durch die Veröffentlichung mehrerer Untersuchungen des Allensbacher Instituts für Demoskopie quasi auf eine wissenschaftliche Basis gestellt. Eine der typischen Fragestellungen des Instituts an Umfrageteilnehmer bestand etwa darin, ob Technik eher einen „Segen oder Fluch“ für die Menschheit darstelle – und der in der bundesdeutschen Öffentlichkeit erregt diskutierte Befund lautete, dass im Gegensatz zur ersten Erhebung vom August 1966, in der 72% der Befragten Technik eher als segensreich wahrgenommen hatten, es im September 1981 nur noch 31% waren, die sich für diese Option entschieden hatten.³⁹

Besonders „alarmierend“ war für die Allensbach-Demoskopen in einer anderen Untersuchung, die im Auftrag des baden-württembergischen Wissenschaftsministerium angefertigt wurde, der grundlegende Einstellungswandel unter Jugendlichen: „1966 bezeichneten 83 Prozent der Jugendlichen Technik als Segen für die Menschheit, 1981 taten dies nur noch 23 Prozent. Etwa jeder fünfte Jugendliche kann heute als technikfeindlich eingestuft werden.“⁴⁰ Was unter dem Begriff „Technikfeindlichkeit“ genau zu verstehen sei, wurde von den Demoskopern nicht präzisiert; allerdings versuchte sich der baden-württembergische Wissenschaftsminister Helmut Engler im Vorwort derselben Untersuchung selbst im Aufstellen einer Definition:

„Technikfeindlichkeit zeigt sich [...] in den Kampagnen gegen eine Zerstörung der Umwelt, gegen die Verunreinigung der Gewässer, gegen ‚sauren Regen‘,

37 Karl Steinbuch, *Programm 2000*, Stuttgart 1970, S. 83.

38 ACSP, NL Strauß Slg. Kray RA 78/6: Rede von Franz Josef Strauß am 1.3.1978 in Neustadt b. Coburg, zitiert nach <http://www.fjs.de/fjs-in-wort-und-bild/zitate.html> [Stand 30.11.2013].

39 Vgl. Noelle-Neumann/Piel 1983 (wie Anm. 15), S. 511.

40 Ministerium für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg (Hg.), *Kritik an der Technik und die Zukunft einer Industrienation*, Villingen-Schwenningen 1982, S. 7.

der Bäume und Wälder zerstört, gegen Östrogene im Kalbfleisch, gegen den Einsatz von Thyreostatica, die das Fleisch wässrig und ungenießbar machen.“⁴¹

Die Definition des CDU-Ministers ist deshalb von Interesse, da sie noch einmal verdeutlicht, dass mit „Technikfeindlichkeit“ zwar eine Opposition gegen jegliche Technik impliziert, dieser Vorwurf jedoch vor allem auf Widerstände gegen bestimmte (umweltschädliche und Giftstoffe erzeugende) Technologien und ihre Auswirkungen angewendet wurde. Es ist festzuhalten, dass von Engler die einzige Definition stammt, in der der Begriff der Technikfeindlichkeit genauer eingegrenzt wurde; in Folge wurde diese immer wieder von Kritikern zitiert, um die Stoßrichtung entsprechender Vorwürfe zu veranschaulichen.⁴²

Die langfristigen Konsequenzen, die die mangelnde Technikbegeisterung der deutschen Jugendlichen haben könnte, wurden in einem ZEIT-Artikel von 1981 mit denen einer „Zeitbombe“ verglichen:

„Wenn die Jugend eines Industrielandes eine Abneigung gegen die Technik entwickelt – oder von verantwortungslosen Demagogen in eine solche Haltung hineingetrieben wird –, dann ist das so, als ob immer mehr Bewohner einer Fischerinsel sich weigern würden, in die Boote zu gehen.“⁴³

Einen ähnlichen Tenor hatte eine Rede, die Franz Josef Strauß 1984 bei der Eröffnung der Luft- und Raumfahrrhalle des Deutschen Museums in München hielt:

„[W]ir können es uns in der Bundesrepublik gar nicht leisten, über den technischen Fortschritt [...] mit dem möglichen Ziel einer allgemeinen Skepsis oder gar Ablehnung zu philosophieren; es hieße einen Wegweiser in Richtung Steinzeit aufzustellen, wollten wir aus der technischen Entwicklung aussteigen oder gar versuchen, sie zum Stehen zu bringen. Keinesfalls dürfen wir der geistigen Fluchtbewegung aus der modernen Welt folgen, die bei Teilen der akademischen Jugend festzustellen ist, sie suchen ein neues Arkadien [...], entwerfen grüne oder ähnlich gefärbte Modelle alternativer Lebensformen, träumen die Grenzen des Wachstums herbei“.⁴⁴

41 Helmut Engler, Technik und Wissenschaft – Sorgen um die Zukunft, in: Ministerium für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg (wie Anm. 40), S. XII.

42 Vgl. etwa Horst Ziefuß, Technikfeindlichkeit der Jugend – eine vergebliche Debatte?, in: Gesellschaft für Arbeit, Technik und Wirtschaft im Unterricht (Hg.), Arbeitslehre zwischen Technikfeindlichkeit und Arbeitslosigkeit, Hildesheim 1983, S. 33–54, hier S. 37.

43 Michael Jungblut, „Arbeitslose von morgen“, in: Die ZEIT 11 vom 6.3.1981, S. 17, zitiert nach Ziefuß (wie Anm. 42), S. 37.

44 Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß im Deutschen Museums anlässlich der Eröffnung der Luft- und Raumfahrrhalle am 6.5.1984. Ein Mitschnitt der Rede ist im Internet zu finden: <http://youtu.be/bAt9gP3Lx2w> [Stand: 25.8.2013].

Gegenpositionen in der Politik

Der von Strauß angesprochene „Wegweiser in Richtung Steinzeit“ bzw. die Steinzeit als drohendes Szenario tauchte das ganze Jahrzehnt über immer wieder in der Debatte auf und ist exemplarisch für eine Argumentationsstruktur, nach der Technikskepsis automatisch einen Rückfall in vor-technische Zustände bedeutet. Als Gegensymbol zur roten Sonne der Kernkraftgegner erfreute sich ziemlich früh eine Persiflage mit einem Neandertaler und der Inschrift „Steinzeit? Nein Danke“ einer gewissen Beliebtheit, die den Umweltforscher Hartmut Bossel schon zu Beginn der 1980er Jahre zu folgendem resignierenden Statement veranlasste:

„Kommentatoren und Sozialwissenschaftler, zumal konservative, haben ‚die‘ Technikfeindlichkeit der Alternativenbewegung entdeckt, die zu ‚Gefährdungen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung‘ führt, und in der sich der ‚Wunsch nach Aggression und Gewaltherrschaft‘ und ‚Zivilisationsfeindschaft‘ ausdrücken. Autoaufkleber sagen es in etwas größerer Form: wer gegen Atomkraftwerke ist, ist auch für die Steinzeit.“⁴⁵

In den nächsten Jahren etablierte sich eine gewisse Frontenbildung in der Debatte um die Technikfeindlichkeit. Entsprechende Vorwürfe wurden im Allgemeinen von Seiten der Arbeitgeberverbände und der CDU/CSU erhoben; sie zielten auf die Grünen, auf die Gewerkschaften,⁴⁶ die sich in diesem Zeitraum für kürzere Arbeitszeiten und gegen Rationalisierungsmaßnahmen einsetzten, im Laufe des Jahrzehnts auch zunehmend auf die SPD sowie generell auf die westdeutsche Jugend. Die solchermaßen Angegriffenen wiesen die Vorwürfe zurück; so schrieb der Oberbürgermeister von Saarbrücken und angehende saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine 1985 zu der den Gewerkschaften unterstellten Technikfeindlichkeit:

„Die deutschen Gewerkschaften galten lange Zeit als diejenigen, die technischen Fortschritt und Rationalisierung fast ohne Vorbehalte bejahten [...] Die Gewerkschaften sind inzwischen nicht technikfeindlich geworden, aber sie wollen nicht mehr jeden weiteren technischen Fortschritt bejahen. Sie wollen die Folgen übersehen und die Richtung mitbestimmen.“⁴⁷

Ein paar Jahre zuvor war auf einem Plakat des Deutschen Gewerkschaftsbundes (s. Abb. 1) mit der Überschrift „Kleine Ursachen – große Wirkung“ von Mikroprozessoren als „Arbeitsplatz-Killer“ die Rede gewesen – wobei im Plakattext direkt danach folgende Differenzierung zu finden ist: „Der DGB

45 Hartmut Bossel, *Ökotechnik – Neue Richtung des technischen Fortschritts*, in: Günter Ropohl, *Interdisziplinäre Technikforschung. Beiträge zur Bewertung und Steuerung der technischen Entwicklung*, Berlin 1981, S. 47–58, hier S. 47.

46 Vgl. Joachim Radkau, *Technik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis heute*, Frankfurt a.M. u. New York 2008, S. 432f.

47 Oskar Lafontaine, *Der andere Fortschritt. Verantwortung statt Verweigerung*, Hamburg 1985, S. 98.

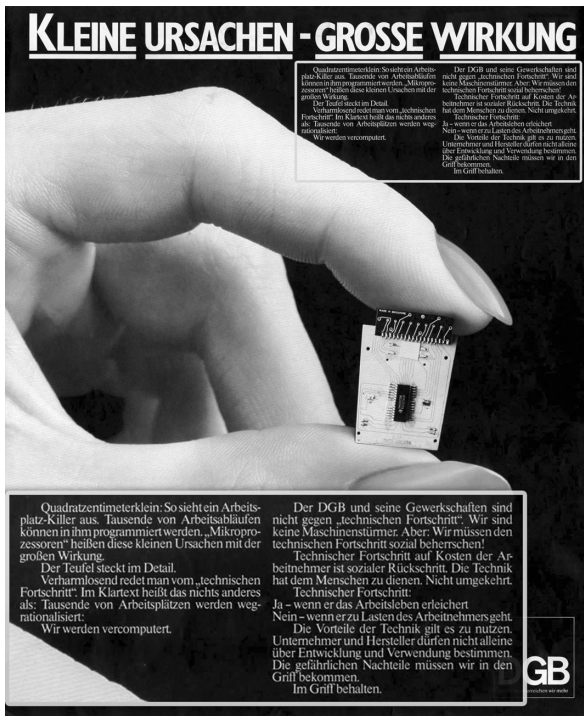


Abb. 1: Deutscher Gewerkschaftsbund, Plakat „Kleine Ursachen – große Wirkung“, enthalten in der Plakatmappe „Wir lassen uns nicht an die Kette legen!“ Internet: http://www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/sammlung/dgb_6662.htm [Stand 9.12.2013]

und seine Gewerkschaften sind nicht gegen ‚technischen Fortschritt‘. Wir sind keine Maschinenstürmer. Aber: Wir müssen den technischen Fortschritt sozial beherrschen!“⁴⁸ Wie der Sozialwissenschaftler Hans Albert Wulf aufwies, lassen sich entsprechende Distanzierungen von Gewerkschaftsseite aus bis zu den Anfängen der Arbeiterbewegung zurückverfolgen, wobei das genannte Zitat fast wortwörtlich auch schon in gewerkschaftlichen Schriften aus den 1920er Jahren zu finden ist.⁴⁹ Dass sich Vorwürfe der Technikfeindlichkeit gegenüber den Gewerkschaften vor allem auf deren Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und nach dem Schutz der Arbeitsplätze vor Rationalisierungsmaßnahmen bezogen, steht im Gegensatz zur sonstigen Verwendung des Begriffs in Bezug auf den Widerstand gegen technische Großprojekte.

Das (freilich nicht bedingungslose) Bekenntnis zum technischen Fortschritt wurde den Gewerkschaften von anderen Gruppen vorgeworfen, die sich ebenfalls Vorwürfen der Technikfeindlichkeit ausgesetzt sahen, etwa von der noch jungen grünen Partei. Die Grünen sahen die Gewerkschaften in Bezug auf ihre Haltung zur Atomenergie in einer festen Allianz mit den anderen

48 Deutscher Gewerkschaftsbund, Plakat „Kleine Ursachen – große Wirkung, 1979“, enthalten in der DGB-Plakatmappe „Wir lassen uns nicht an die Kette legen!“, Internet: http://www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/sammlung/dgb_6662.htm [Stand 9.12.2013].

49 Wulf (wie Anm. 20), S. 27f, S. 34ff.

Bundestagsparteien,⁵⁰ was politische Bündnisse erschwerte. Rückblickend schrieb Joschka Fischer, von 1985 bis 1987 erster grüner Landesumweltminister, über die Anfänge des grünen Projektes: Es werde „stigmatisiert als exaltes Vergnügen steinzeitvernarnter Zivilisationsdeserteure, von öffentlicher Unterstützung lebender Müslis und grün eingefärbter Linksradiaker und sogenannter Verfassungsfeinde“.⁵¹ Insgesamt hatten die Grünen größere Probleme, entsprechende Stigmatisierungen aufzubrechen und den Vorwurf der Technikfeindlichkeit zu entkräften; zwar lässt sich argumentieren, dass ihre Kompromisslosigkeit gegenüber der Atomenergie von Beginn an mehr in ökonomischen, ökologischen und bürgerrechtlichen Standpunkten denn anti-technischen Ressentiments begründet lag,⁵² jedoch erschien Technik aus grüner Perspektive das Jahrzehnt über als „dystop – als eine deterministische, mit dem Kapital verbündete Macht, die lebensfeindliche Züge trägt“.⁵³ Trotzdem dürfte der von der Allensbach-Gründerin Elisabeth Noelle-Neumann gegen die Partei erhobene Vorwurf nicht zutreffen, dass diese aus einer reinen Trotzreaktion gegen die „auf Optimismus, auf Fortschrittsglauben und Technikfreundlichkeit“⁵⁴ gegründete „westliche Zivilisation“ eben technikfeindlich sei.

Obwohl eine Kluft zwischen den Grünen und ihrem ökologischen und atomkritischen Schwerpunkt und der SPD als Partei der Arbeitnehmerinteressen bestand, so existierten jedoch auch Gemeinsamkeiten, die im Oktober 1985 zur ersten rot-grünen Koalition auf Länderebene führten. Schon im Jahrzehnt zuvor hatten einzelne Sozialdemokraten wie der baden-württembergische Fraktionsvorsitzende Erhard Eppler begonnen, sich ökologischen Positionen anzunähern. Eppler war unter dem Eindruck der Proteste gegen das Atomkraftwerk in Wyhl Mitte der 1970er zu einem Kritiker der Atompolitik seiner Partei geworden (was beim Hamburger Parteitag der SPD 1977 zu Auseinandersetzungen zwischen ihm und Bundeskanzler Schmidt geführt hatte)⁵⁵ und verteidigte seine Position

50 Joschka Fischer, *Der Umbau der Industriegesellschaft. Plädoyer wider die herrschende Umweltlüge*, Frankfurt a.M. 1989, S. 8: „„Steinzeit, nein danke!“ lautete damals, Ende der siebziger Jahre, die ebenso beschränkte wie ängstlich-aggressive Antwort der Parteien, Gewerkschaften, Verbände und politischen Institutionen in der Bundesrepublik auf die Krise und den Protest der Anti-Atombewegung“.

51 Ebd.

52 Thomas Poguntke, *Alternative Politics. The German Green Party*, Edinburgh 1993, S. 27: „anti-nuclear protest was never as single-issue-minded as it appeared to be at first sight. On the contrary, it was always strongly motivated by a quest for a comprehensive revision of the dominant logic of economic growth policy. Nuclear power stations had come to symbolise all detrimental effects of big technology and unlimited growth on the environment and civil liberties.“

53 Westermayer (wie Anm. 24), S. 41.

54 Elisabeth Noelle-Neumann, *Der Zweifel am Verstand*, in: dies. u. Heinz Maier-Leibnitz, *Zweifel am Verstand. Das Irrationale als die neue Moral*, Zürich, Osnabrück 1987, S. 9–20, hier S. 15.

55 Vgl. Christian Schaaf, *Die Kernenergiepolitik der SPD von 1966 bis 1977*. Unveröffentlichte Magisterarbeit, München 2002, S. 96.

gegenüber Vorwürfen einer allgemeinen Technikfeindlichkeit damit, dass es dabei „nicht um pauschale Kritik an der Technik und an technischer Innovation schlechthin, sondern um Einwände gegen ganz bestimmte Formen von Technik, vor allem an großtechnischen Anlagen“⁵⁶ gehe. Nachdem die SPD 1982 das Kanzleramt verloren hatte und aus der darauf folgenden Bundestagswahl geschwächt hervorgegangen war, nahmen die Sozialdemokraten Technikfeindlichkeitsvorwürfe ernst genug, um 1985 eine parteiinterne Kommission einzuberufen, zu der unter anderem der Bundesgeschäftsführer Peter Glotz und der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Horst Ehmke gehörten und die sich mit dem Sprachgebrauch der Volksparteien auseinandersetzen sollte. Laut der dabei entstandenen Studie *Semantischer Vergleich zwischen den Koalitionsparteien und der SPD* sei die CDU „mit ‚stilistischen, moralisierenden und milieuhaften Vorwürfen (Klassenpartei, Technikfeindlichkeit, Gleichmacherei)‘ eindeutig besser versorgt“.⁵⁷

„Technikfeindlichkeit“ im akademischen Diskurs

Auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften geriet der Terminus der Technikfeindlichkeit in die Kritik und es wurde in Frage gestellt, ob es sich bei ihr um ein reales Phänomen handle oder der in früheren Umfragen aufgetauchte Typus des Technikfeinds nicht eher eine „empirische Nebelgestalt“⁵⁸ sei. Eine sozialwissenschaftliche Revision der Technikfeindlichkeit setzte schon zu Beginn der 1980er Jahre ein. Im selben Zeitraum wie die Allensbach-Untersuchungen war eine Infratest-Studie zu anderen Ergebnissen gekommen und hatte Zweifel aufgeworfen, ob die Jugend in Deutschland wirklich so technikfeindlich sei.⁵⁹ Einer der Autoren, der Demoskop Bernhard von Rosenblatt, sprach ein paar Jahre später davon, dass es sich bei dem entsprechenden Befund um einen „demoskopischen Fehlschluß“⁶⁰ handle, da zuviel in die Umfrageergebnisse hinein interpretiert worden wäre. Im Gegensatz zur ungenauen Fragestellung des Allensbacher Instituts nach Segen oder Fluch der Technik wurden für spätere Studien ausführlichere Umfragedaten erhoben – wobei die Ergebnisse ein deutlich anderes Bild von der Technikakzeptanz der Bevölkerung zeichnen, als es weiterhin in der Politik und den Tageszeitungen im Umlauf war. Besonders taten sich hierbei Günter Jansch, Dieter Jaufmann, Ernst Kistler und das Internationale Institut für empirische Sozialökonomie

56 Erhard Eppler, *Wege aus der Gefahr*, Frankfurt a.M. u.a.O. 1981, S. 122.

57 Zitiert nach „Heimat sein“, in: *Der Spiegel* 9/1986; Internet: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518503.html> [Stand: 25.8.2013].

58 Martin Pfaff, *Einstellungen zur Technik – Zielsetzungen der Untersuchung für den BMFT und zentrale Ergebnisse im Überblick*, in: Jaufmann/Kistler 1991 (wie Anm. 17), S. 17.

59 Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (wie Anm. 16).

60 Bernhard v. Rosenblatt, *Technikfeindlichkeit? – Einstellungen zur Technik in einer technisierten Gesellschaft – Versuch einer Vermeidung demoskopischer Fehlschlüsse*, in: Friedhelm Gehrmann (Hg.), *Arbeitsmoral und Technikfeindlichkeit. Über demoskopische Fehlschlüsse*, Frankfurt a.M. u. York 1986, S. 23–52, hier S. 23.

(INIFES) hervor, das gegen Ende der 1980er Jahre in verschiedenen Veröffentlichungen das Verhältnis der Deutschen zur Technik untersuchte, unter anderem auch in einer vom Bundesministerium für Forschung und Technologie geförderten mehrjährigen Studie mit dem Titel *Einstellungen der jüngeren Generationen zur Technik und zum technischen Fortschritt – Wandel und Stabilität im Zeitablauf und im internationalen Vergleich*.⁶¹

Dabei wurde nicht verneint, dass sich die Haltung der Bevölkerung zur Technik verändere und ein kurzzeitiger Einbruch in der öffentlichen Meinung zu Beginn der 1980er Jahre stattgefunden habe.⁶² Dies wurde allerdings eher auf ein zunehmend ambivalentes Verständnis von Technik – und „einen Rückgang naiver Technikgläubigkeit“⁶³ zurückgeführt als auf eine zunehmende Technikfeindlichkeit. Nicht nur würde Technik inzwischen ambivalenter bewertet, zudem müsse festgestellt werden, dass Befragte zu unterschiedlichen Technologien unterschiedliche Meinungen hätten:

„Es gibt keine homogene Einstellung zur Technik. Der durchgängig negativ Antwortende, der ‚Technikfeind‘, ist so selten wie heute der ‚Bauer‘ ohne Melkmaschine und gleichzeitig ohne Computer.“⁶⁴

Ebenfalls wurde in Frage gestellt, dass sich das Verhältnis zur Technik bei Jugendlichen und Erwachsenen grundlegend unterscheiden würde;⁶⁵ allenfalls lasse sich ein positiveres Verhältnis zu neuen Technologien in den jüngeren Generationen feststellen, vor allem wenn man sie mit den über 60-Jährigen vergleiche:⁶⁶

„Die Jugend in bezug auf dieses Thema [...] einer besonderen, gar absonderlichen Einstellung zu verdächtigen, ist Unsinn. Sie ist sicherlich eines nicht: ‚technikfeindlich‘.“⁶⁷

Ein Punkt der Kritik wurde gegen Ende der 1980er Jahre die „Segen oder Fluch?“-Frage des Allensbacher Institutes bzw. die Auslegung und Präsentation der Zahlen, die diese erbrachte. Die Fragestellung lautete dabei, ob Technik ‚eher als Segen‘, ‚eher als Fluch‘ oder ‚Teils, teils‘ gesehen würde. Tatsächlich veränderten sich die Anteile zwischen 1966 und 1987 dabei grundlegend – wobei sich der Anteil der Befragten mit dem Werturteil ‚Segen‘ halbierte und

61 Der Endbericht wurde 1989 veröffentlicht: Jaufmann et al. 1989 (wie Anm. 17).

62 Dieter Jaufmann, Franz Kilzer, Ernst Kistler u. Martin Pfaff, Technikakzeptanz bei Jugendlichen im intergenerationalen, internationalen und intertemporalen Vergleich, in: Jaufmann/Kistler 1988 (wie Anm. 17), S. 30.

63 Rainer Geißler, Technikakzeptanz in der Bundesrepublik Deutschland – Unterschiede zwischen Jugendlichen und Erwachsenen und der Einfluss von Parteipräferenzen, in: Kistler/Jaufmann (wie Anm. 17), S. 152.

64 Pfaff (wie Anm. 58), S. 17.

65 Geißler (wie Anm. 63), S. 160.

66 Jaufmann et al. (wie Anm. 62), S. 31.

67 Pfaff (wie Anm. 58), S. 19.

Segen oder Fluch?

Frage: „Glauben Sie, daß die Technik alles in allem eher ein Segen oder eher ein Fluch für die Menschen ist?“ (Zahlen in Prozent)

	1966 Aug.	1973 Nov.	1976 Sept.	1981 Sept.	1985 Nov.	1987 Febr.
Technik ist eher ein Segen	72	55	50	31	30	36
Eher ein Fluch	3	10	10	13	8	9
Teils, teils	17	28	35	53	59	52
Kein Urteil	8	7	5	3	3	3
Summe	100	100	100	100	100	100

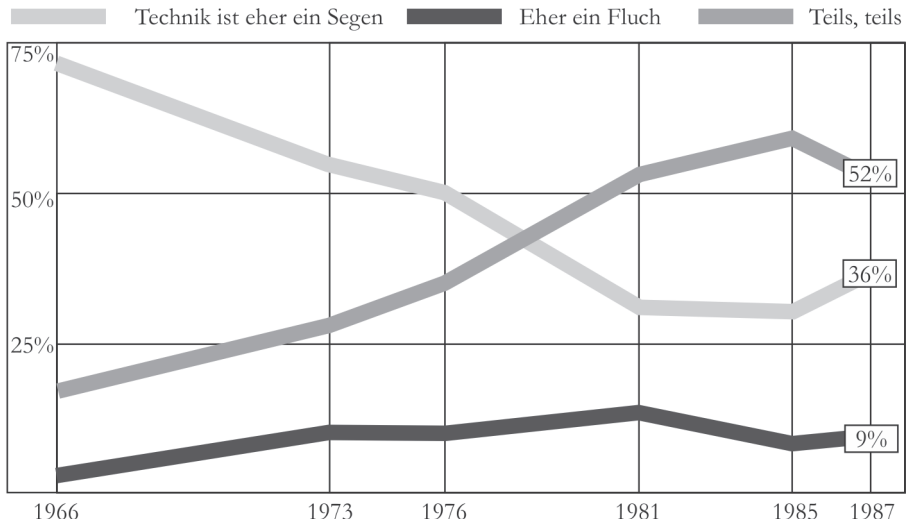


Abb. 2: „Segen oder Fluch“-Frage des Instituts für Demoskopie Allensbach. Quelle: Elisabeth Noelle-Neumann u. Renate Köcher (Hg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–1992, München u.a.O. 1993, S. 894.

sich die Zahl der für ‚Teils, teils‘ Optierenden verdreifachte (s. Abb. 2). Je nachdem, wie diese Ergebnisse präsentiert wurden und auf welche Zahlenreihen dabei die Betonung gelegt wurde, ließen sich aus der entsprechenden Verteilung zwei fast schon komplementäre Schlüsse ziehen:

- dass der Bevölkerungsanteil mit einer eher positiven Einstellung zur Technik von 1966 bis 1985 von 72% auf 30% eingebrochen sei und mit 67% die überwältigende Mehrheit der Bundesbürger die Technik teilweise kritisch bis umfassend negativ bewerten würde.
- dass mit einer gewissen Konstanz nur ein Zehntel der Bevölkerung Technik „eher als Fluch“ betrachten würde, mit einem Peak von 13% im Jahr 1981 und dass selbst zu diesem Zeitpunkt, zu dem sich die eher befürwortende und die eher ablehnende Gruppe zahlenmäßig am stärksten annäherten, erstere mit 30% immer noch mehr als doppelt so groß war wie letztere.

Philosophische und historische Standpunkte in der Technikfeindlichkeitsdebatte

In den Geisteswissenschaften gab es teilweise widersprüchliche Positionen zur Technikakzeptanzdebatte, die von einer Anerkennung ihrer Problematik bis zu einer Dekonstruktion des Begriffs „Technikfeindlichkeit“ reichten. Der Technikphilosoph Günter Ropohl etwa deutete die Debatte als eine Dichotomie zweier Extreme, nämlich einer radikalen Technikkritik auf der einen und ungebändigter Technikeuphorie auf der anderen Seite:

„Doch leidet die gegenwärtige Technikdebatte an einer unversöhnlichen Frontenbildung. Radikale Technikkritiker verwerfen das ‚Industriesystem‘ in Bausch und Bogen und setzen auf eine ‚andere Technik‘, mit der romantische Wunschträume von harmonischen Natur- und Gesellschaftsverhältnissen in Erfüllung gehen sollen. Unbedachte Macher in Industrie und Politik dagegen hängen noch immer dem naiven Fortschrittsoptimismus an, die Technik, die wir haben, sei die beste aller möglichen, und wie bisher müsse es weitergehen, um allen Menschen Wohlstand und Glück zu bescheren.“⁶⁸

Ropohl akzeptierte die Diagnose einer Angst vor der Technik,⁶⁹ wobei er diese vor allem auf einen Mangel an Technikverständnis in der Bevölkerung zurückführte.⁷⁰ Um diesem Mangel entgegenzuwirken, sei ein Ausbau der „technologischen Aufklärung“⁷¹ essentiell. Gleichzeitig bot sich angesichts der schon genannten Dichotomie ein differenzierter Mittelweg zwischen den Extremen an:

„Statt ‚die‘ Technik pauschal zu verurteilen oder ebenso pauschal zu verherrlichen, muß eine differenzierte Technikkritik die wirklichen Mängel in Teilbereichen der gegenwärtigen Technosphäre nüchtern und vorurteilsfrei herausarbeiten.“⁷²

Günter Ropohl ging im Übrigen von einer Kontinuität der Technikkritik seit den 1950er Jahren aus; für ihn stellten die konservativen Technikkritiker der Nachkriegszeit (wie Helmut Schelsky und Friedrich Georg Jünger) geistige Vorläufer der „radikalen Technikkritiker“ in den 1980er Jahren dar. Der Sozialwirt und Technikphilosoph Wolfgang Klems datierte in seinem Buch *Die unbewältigte Moderne* (1988) den Beginn der Technikkritik schon in der Aufklärung, als er von einem „Stereotyp der pauschalen Technikkritik“ sprach, der „nicht erst in

68 Günter Ropohl, *Die unvollkommene Technik*, Frankfurt a.M. 1985, S. 9.

69 Ebd., S. 136: „So gibt es wirklich eine Art von Unbehagen gegenüber der Technik, und vor allem gegenüber neuen technischen Entwicklungen. Bei manchen Menschen mag sich dieses Unbehagen in gewissen Fällen gar bis zur Angst steigern.“

70 Ebd.

71 Ebd., S. 203.

72 Ebd., S. 12.

den 70er oder 80er Jahren des 20. Jahrhunderts⁷³ einsetze, sondern schon seit der Zeit der Aufklärung in der westlichen Zivilisation vorzufinden sei:

„Die folgende Untersuchung hat zum Ziel, die historische Kontinuität des Vorstellungskomplexes, den wir als Stereotyp der pauschalen Technikkritik bezeichnen, und der sich in der Debatte um die Folgen der technischen Entwicklung und [...] Technisierung von Kultur und Gesellschaft zeigt, systematisch zu analysieren. Die historische Kontinuität dieses Stereotyps lässt sich von der Kultur- und Technikkritik J.-J. Rousseaus bis in die Gegenwart nachweisen.“⁷⁴

Der genannte Stereotyp habe die noch „von Francis Bacon verehrten Garant eines unbegrenzten Fortschritts“, Technik und Wissenschaft, „in Verruf“ gebracht und „eine radikale Technikkritik wieder hervortreten lassen, deren Ziel in der Umkehrung des technischen Fortschritts besteht“.⁷⁵ Als Lösung empfahl auch Klems einen Ausbau der technologischen Aufklärung sowie die Etablierung einer aus seiner Perspektive differenzierteren Technikkritik; in seinen Schlussfolgerungen orientierte er sich stark an den vorherigen Arbeiten von Günter Ropohl.

Im Gegensatz dazu unterzog der Historiker Rolf Peter Sieferle Technikfeindlichkeitsvorwürfe einer weitgehenden Dekonstruktion. Sieferle analysierte in seinem Buch *Fortschrittsfeinde?* (1984) verschiedene Technikkonflikte seit Beginn der Industrialisierung und kam zu dem Schluss, dass ihre Ursachen meist weniger in antitechnischen Ressentiments als vielmehr in sozialen Problematiken zu finden seien: Die Motivation der Ludditen und Maschinenstürmer im 19. Jahrhundert etwa habe nicht in einer Aversion gegen Maschinenwebstühle und Fabrikanlagen, sondern in der Angst vor sozialem Abstieg bestanden.⁷⁶ Gleichzeitig erhielten manche technischen Konflikte ihre Umdeutung zu Beispielen für Technikfeindlichkeit erst durch eine verklärende Rückschau.⁷⁷ Den Umstand, dass sich anekdotenhafte Schilderungen über „Widerstände gegen technische Innovationen“ und ein damit einhergehender „Mythos von der atavistischen Technikfeindschaft“ so großer Beliebtheit erfreuten, erklärte Sieferle damit, dass dieser

„eine wichtige Legitimation für die Träger des Industriesystems [bietet]. Sowohl Ökonomen und Ingenieure, als auch Vertreter der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung konnten sich als ungeheuer „fortschrittlich“ verstehen und

73 Wolfgang Klems, *Die unbewältigte Moderne. Geschichte und Kontinuität der Technikkritik*, Frankfurt a.M. 1988, S. 247.

74 Ebd., S. 16.

75 Ebd., S. 247.

76 Vgl. Sieferle (wie Anm. 19), S. 77.

77 Etwa die beliebte Anekdote über ein angebliches medizinisches Gutachten, das in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein Verbot der Eisenbahnen in Bayern verlangt habe. Diese (unbelegte) Anekdote wurde nacheinander zur Diffamierung von Süddeutschen, Medizinern und Sachverständigen verwendet, bevor sie zu einem Beispiel für eine abergläubische Technikfeindlichkeit wurde; vgl. ebd., S. 87ff.

weit erhaben über die abergläubischen Ängste vor den Wohltaten industriellen Fortschritts. Vor allem die technischen Pioniere des Industriezeitalters und die großen Gründergestalten schufen sich ein heroisches Selbstbewußtsein als Männer der Tat“.⁷⁸

Eine entsprechende Verklärung von Technikkonflikten lag laut Siefert im Interesse technischer Eliten, da sie ihre Errungenschaften künstlich überhöhte: „Die Triumphe der modernen Technik wurden [danach] in einem Zweifrontenkrieg errungen: gegen die Natur und gegen die Vorurteile der Bevölkerung.“⁷⁹

Ähnlichen Widerspruch erntete das Konzept der Technikfeindlichkeit bei dem Technikhistoriker Ulrich Troitzsch, der anführte, „dass es weder in den Agrar- noch in den Industriegesellschaften jemals Erscheinungen größeren Umfangs gegeben hat, die man als im Kern technikfeindlich bezeichnen könnte.“⁸⁰ Widerstände gegen neue Technologien hätte es seit dem späten Mittelalter durchaus gegeben; sie traten aber vor allem dann auf, wenn eine neue Technologie das soziale Gefüge der Zünfte gefährdete oder Arbeitsplätze bedrohte. Der Vorwurf der Technikfeindlichkeit greife zu kurz, da sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart die Motive für Proteste über eine generelle Technikskepsis hinausgehen würden:

„Auch die heutigen Kernkraftgegner kann man nicht, wie es permanent geschieht, als Technikfeinde oder Maschinenstürmer bezeichnen; denn dieselben Menschen haben in der Mehrzahl im Umgang mit der Haustechnik, dem elektronisch gesteuerten Fotoapparat, der HiFi-Anlage oder dem Video-Recorder keinerlei Probleme.“⁸¹

„Technikfeindlichkeit“ stelle einen „denunziatorischen Begriff“⁸² dar; und diese Erkenntnis sei ein Beitrag, den die Technikgeschichte in der aktuellen Debatte leisten könnte und der zur „Versachlichung der Diskussion führen“⁸³ könnte.

Zwar lassen sich aus den vier genannten Einzelbeispielen sicherlich keine generellen Trends ableiten; es fällt jedoch auf, dass die Technikfeindlichkeit als zeitgenössisches Phänomen⁸⁴ in der Technikphilosophie ein weitaus höheres Maß an Anerkennung erfuhr als in der Technikgeschichte. Ropohl und Klems hatten auf wiederkehrende philosophische Standpunkte seit Beginn der Aufklärung verwiesen und betonten die Parallelen in der Technikkritik als dem einen der beiden extremen Standpunkte in gegenwärtigen Debatten über Technik. Siefert und Troitzsch hingegen historisierten entsprechende

78 Ebd., S. 67.

79 Ebd.

80 Troitzsch (wie Anm. 14), S. 39.

81 Ebd.

82 Ebd.

83 Ebd.

84 Gesetzt den Fall, dass sich das Konzept einer „radikalen“ oder „pauschalen Technikkritik“, wie es bei Ropohl und Klems vorkommt, entsprechend übersetzen lässt.

Debatten als Ganze; sie betonten, dass ähnliche Diskurse – mit dem gleichbleibenden Vorwurf technikfeindlicher Attitüden – schon seit Beginn der Industrialisierung immer wieder aufgetreten seien und hinterfragten davon ausgehend die Legitimität der Begriffe Technik- und Fortschrittsfeindlichkeit an sich. An dieser Stelle könnte eine ausführlichere wissenschaftliche Untersuchung ansetzen, die sich mit einem interdisziplinären Ansatz der Frage widmet, wie das Echo der Technikakzeptanzdebatte in verschiedenen Fachrichtungen der Geisteswissenschaften beschaffen war und wie sich der Austausch zwischen diesen gestaltete.

Das Abklingen der Technikfeindlichkeitsdebatte

Insgesamt wurde seit dem Ende der 1980er Jahre ein zunehmend komplexes Bild der Technikakzeptanz gezeichnet, das nicht mehr von einfachen Parametern ausging, sondern sich an eine umfassende Analyse des gesellschaftlichen Klimas wagte. Es ist ungewiss, inwiefern dies ein Grund dafür war, dass sich die Debatte um die Technikfeindlichkeit in Deutschland zu Beginn der 1990er Jahre zu legen begann; zwar wurden auch weiterhin vereinzelt antitechnische Attitüden in der deutschen Gesellschaft verortet,⁸⁵ jedoch kam es nicht mehr zu solchen Ausbrüchen wie im Jahrzehnt zuvor. Gleichzeitig folgte im Bereich der Technikfolgenabschätzung nun eine ganze Reihe von Untersuchungen, die sich des Themas annahmen; hier ist besonders der Forschungsbericht von Ortwin Renn und Michael Zwick, erstellt im Auftrag des Deutschen Bundestages, zu nennen, der 1997 alle relevanten Studien aus den letzten drei Jahrzehnten zusammentrug und erneut auswertete, wobei die vorherigen Befunde bestätigt wurden:

„Es gibt keine generelle Technikfeindlichkeit in Deutschland, wie vielfach in der Presse behauptet und oftmals von Seiten der Industrie beklagt wird [...] Die generelle Einstellung der Bevölkerung zur Technik ist durch erlebte Ambivalenz geprägt. Auf die Frage ‚Welche Auswirkungen hat der technische Fortschritt auf Ihr Leben?‘ antworten die meisten Deutschen inzwischen mit ‚teils positive – teils negative Auswirkungen‘. Solche ambivalenten Urteile über Technik sind in den letzten beiden Jahrzehnten immer häufiger geworden.“⁸⁶

Obwohl dieser Befund in der Technikfolgenabschätzung bisher unwidersprochen sein dürfte, erklärt seine Publikation nicht befriedigend, warum die hitzige Debatte der vorherigen Dekade so umstandslos aus der öffentlichen Wahr-

85 Beispielhaft dafür ein Leitartikel von 1998 in der Fachzeitschrift *Galvanotechnik*: „Der Trend zur Abneigung gegen die Technik ist in unserer Industriegesellschaft nach wie vor ungebrochen. Der mündige Bürger nutzt seine ihm von der Demokratie zugestandenen Rechte in zunehmendem Maße, um praktisch alles zu behindern oder zu verhindern, was seinen Wohlstand, seine Gesundheit und auch seinen Arbeitsplatz langfristig sichern kann.“ Richard Suchentrunk, *Technikfeindlichkeit*, in: *Galvanotechnik* 89, 1998, S. 1597.

86 Renn/Zwick (wie Anm. 18), S. 1.

nehmung verschwand. Dies verwundert umso mehr, da sich die zunehmende Betrachtung von Technik und Technologie als ambivalent bzw. als kritisch bewertbar auch in den 1990er Jahren fortsetzte. Die gesellschaftliche Akzeptanz für die Kernenergie etwa, die nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl zu schwinden begonnen hatte, nahm auch nach der Wiedervereinigung weiter ab; wobei der Anteil der Kernkraftbefürworter in den neuen Bundesländern allein zwischen 1989 und 1991 von 34% auf 18% abstürzte.⁸⁷ Ein solcher Befund wäre wohl zehn Jahre zuvor ein größeres gesellschaftliches Thema gewesen und hätte vermutlich Anlass zu düsteren Prognosen und Warnungen vor der Steinzeit geboten. Weshalb emotionalere Reaktionen nun ausblieben, ist unklar: Die Debatte um die Technikfeindlichkeit klang auf genauso mysteriöse Art und Weise zu Beginn der 1990er Jahre ab, wie sie 2010 wieder auf der Bildfläche erschien.

Zusammenfassung und Ausblick

Schon seit den 1960er Jahren gab es einzelne Stimmen, die vor einer zunehmenden Entfremdung der deutschen Bevölkerung vom technischen Fortschritt gewarnt hatten. Im folgenden Jahrzehnt wurden – vor dem Hintergrund bürgerlicher Proteste gegen technische Großprojekte, technischer Katastrophen und der Entstehung der neuen grünen Partei – entsprechende Warnungen von der Politik aufgegriffen, wobei erste demoskopische Untersuchungen der Thematik die Diagnose einer sich verbreitenden Technikfeindlichkeit zu stützen schienen. Diese zu Beginn der 1980er Jahre veröffentlichten Studien stellten einen rapiden Ansehensverlust der Technik besonders unter Jugendlichen fest und entfachten damit eine gesellschaftliche Debatte, die zu einer Polarisierung der deutschen Öffentlichkeit führte, wobei der Vorwurf der Technikfeindlichkeit oft von Seiten der Regierungsparteien, der Industrie und der Arbeitgeberverbände gegenüber den Grünen, den Gewerkschaften sowie der Jugend erhoben wurde.

Dieser Vorwurf stieß bei den so Bezeichneten auf Kritik, wobei vor allem die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften bemüht waren, sich von einer grundlegenden Technik- oder Fortschrittsfeindlichkeit zu distanzieren. Gleichzeitig wurde das Konzept der Technikfeindlichkeit in der Technikgeschichte und in den Sozialwissenschaften einer Revision unterworfen, da es sich empirisch nicht nachweisen ließ, wobei einzelne Kommentatoren soweit gingen, von einem „demoskopischen Fehlschluß“ zu sprechen bzw. die Technikfeindlichkeit als eine „empirische Nebelgestalt“ zu bezeichnen. Es lohnt sich hervorzuheben, dass sich die Kritik aus der Politik von der aus der wissenschaftlichen Community in einem wichtigen Punkt unterschied: In der SPD und in den Gewerkschaften war man bemüht, keine Zweifel an der eigenen fortschrittsbejahenden Einstellung zu lassen, gleichzeitig wurde ak-

87 Ebd., S. 34.

zeptiert, dass es so etwas wie Technikfeindlichkeit gebe. Kritische Ansätze in den Geistes- und Sozialwissenschaften hingegen hinterfragten das Konzept als Ganzes, was in dem im letzten Kapitel geschilderten Urteil von Ortwin Renn und Michael M. Zwick von 1997 gipfelte, dass eine „generelle Technikfeindlichkeit in Deutschland“ nicht existiere.

Jedoch zeigen die Debatten der letzten Jahre, dass dieser Befund offenbar noch keinen Weg in Politik, Medien und Gesellschaft gefunden hat. Das Thema Technikfeindlichkeit scheint zwar nach dem 11. März 2011 – dem Tag, als eine Reihe schwerer Störfälle das japanische Kernkraftwerk Fukushima erschütterte – beträchtlich an Resonanz verloren zu haben, allerdings bleibt abzuwarten, ob es bei neuen Protesten gegen technische Großprojekte nicht erneut die politische Tagesordnung und die damit einhergehenden gesellschaftlichen Diskurse bestimmen könnte.

Anschrift des Verfassers: Andie Rothenhäusler M.A., Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Institut für Geschichte, Kaiserstraße 12, D-76131 Karlsruhe, Email: andie.rothenhaeusler@gmx.de